



Antrag

der Fraktion der CDU

Schleswig-Holstein als Standort für Unternehmensansiedlungen zukunftsfähig ausrichten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Anzahl neuer Unternehmensansiedlungen in Schleswig-Holstein seit drei Jahren rückläufig ist und die Anzahl der dadurch neu geschaffenen Arbeitsplätze stagniert. Dies ist für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein eine besorgniserregende Entwicklung.

Als Konsequenz auf diese Negativ-Entwicklung muss die Landesregierung die Ansiedlungspolitik in Schleswig-Holstein unverzüglich zukunftsfähig ausrichten und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern.

Generell gilt, dass sich Unternehmen, die sich in Schleswig-Holstein ansiedeln wollen, willkommen fühlen müssen. Stetiges Misstrauen gegenüber den mittelständischen Unternehmen mit immer neuen Reglementierungen, wie es in zahlreichen Gesetzen der Landesregierung zum Ausdruck kommt, schadet dem Standort Schleswig-Holstein.

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung insbesondere auf,

1. die standortprägenden Verkehrsachsen wie die A 20 mit westlicher Elbquerung, die Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbeltquerung, die A 21 sowie die B 5 zur Sicherstellung der Erreichbarkeit des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein konsequent zu planen und weiterzubauen,
2. einen flächendeckenden Glasfaserstandard schon deutlich vor 2030 sicherzustellen und die Rahmenbedingungen entsprechend anzupassen. Investitionsentscheidungen von Unternehmen werden sich nicht an ein Versprechen in 15 Jahren binden,

3. die Clusterstrategie stärker in das Ansiedlungsmarketing einzupassen, um die Kompetenzen des Landes noch besser hervorzuheben, ansiedlungswillige Unternehmen frühzeitig einzubinden und ihnen die wirtschaftlichen Kompetenzen des Landes aufzuzeigen,
4. die vielfältigen technologischen Kompetenzen an den Hochschulen zu verstärken, um Ansiedlungswillige einzubinden und ihnen neue innovative Impulse zu geben,
5. alle Möglichkeiten der Förderpolitik intensiver zu nutzen, um schnellere Förderentscheidungen herbeizuführen, damit Unternehmen auch im Standortwettbewerb mit anderen Bundesländern frühzeitig Planungssicherheit für Investitionen in Schleswig-Holstein haben,
6. Schleswig-Holstein verstärkt als lukrativen Standort für energieintensive Betriebe in Verbindung mit der Produktion und Nutzung der erneuerbaren Energien zu vermarkten,
7. besondere und höhere Förderquoten für Forschung und Entwicklung für neu in Schleswig-Holstein angesiedelte Betriebe in den ersten fünf Jahren bereitzustellen,
8. im neuen Landesentwicklungsplan den Gemeinden mehr Spielraum für eigenverantwortliche Entwicklung zu geben und verstärkt auch Möglichkeiten der Revitalisierung von Gewerbeflächen zu unterstützen.

Johannes Callsen
und Fraktion